

¹Manfred Backerra

Einführung



„Wende dein Gesicht zur Sonne, dann läßt du die Schatten hinter Dir.“ Mit dieser glücklichen Einstellung läßt sich in Deutschland (noch) sehr gut leben, oft besser als in den meisten anderen Staaten, selbst solchen der Europäischen Union.

Doch im Schatten bleiben dann Tausende von Menschen, denen jährlich wegen strafbedrohter Meinungen oder Zeichen der Prozess gemacht wird¹, und die, wenn wegen „Volksverhetzung“ „schuldig“ befunden,

bis zu zweieinhalb, fünf oder 12 Jahre ihrer Freiheit beraubt werden.

Die Berkley-Professorin Margaret Anderson schrieb vor 10 Jahren in ihrem Werk über Wahlen und politische Kultur im Kaiserreich: „Die Bürger des Kaiserreichs waren stolz darauf, einem Rechtsstaat anzugehören“, „Rechtsstaat“ auf deutsch, weil es besser als das englische Wort „constitutional state“ die Herrschaft des Rechts ausdrückt. Egon Bahr, gewiss ein Demokrat, betonte in einem Interview in der WELT: „Rechtsstaatlichkeit ist mir am wichtigsten, Es gab in Südafrika keine Demokratie. Hätte es aber keine Rechtsstaatlichkeit gegeben, hätte Mandela nicht überlebt. Rechtsstaatlichkeit ist für mich der Anfang von allem anderen.“³

Ist dieser „Anfang von allem anderen“, bei uns noch immer gegeben? Urteilen Sie selbst:

Das Bundesverfassungsgericht hat jüngst eindeutig festgestellt, daß der § 130 StGB (Volksverhetzung) in Absatz 4⁴, der die Meinungsfreiheit nach Art. 5

1 80 771 Prozesse in den 7 Jahren 2001-2007 wegen §130/86a StGB gem. *Der Schlesier* Nr.3, 22. Januar 2010 von Maximilian Sobota

2 Margaret Lavinia Anderson: *Practicing Democracy – Elections and Political Culture in Imperial Germany*, 2000 Princeton University Press; deutsch: *Lehrjahre der Demokratie – Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich*, Franz Steiner Verlag September 2009, 562 Seiten, Abbildungen, gebunden, 29.90 €

3 WELT, 17.03.2007, S. 3

4 (4) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.

Anm. d. Verf.: Der vorhergehende Absatz, der nicht Gegenstand des Prozesses war, müßte von seinem Inhalt her ebenfalls ein Sondergesetz sein: (3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder

GG wesentlich einschränkt, kein allgemeines Gesetz ist. Dieses Grundrecht darf aber nach Art. 5 (2) nur durch allgemeine Gesetze eingeschränkt werden, was in Art. 19 GG noch einmal für jedes Grundrecht betont wird, mit dem Zusatz (Abs. 2): „In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.“ Dennoch hat der Präsidientenrat des Bundesverfassungsgerichts im Fall des Nationalsozialismus die Bestimmung für „immanent“ mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt.⁵ Gleichwohl sagte danach der dieses Urteil mitverantwortende Präsident: „Der Zweck des Staates ist die Gewährleistung der Freiheit“⁶.

Ein großartiges Beispiel für Redlichkeit!

Nun heißt es oft, das Grundgesetz sei keine gute Grundlage, weil es gemäß seinem Art. 146 nach der deutschen Vereinigung eigentlich durch eine Verfassung, „von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen“, hätte ersetzt werden müssen. Doch bedenken Sie:

Das Grundgesetz schufen rechte und linke Patrioten für „das Deutsche Volk“! Es ist eine sehr gute De-Facto-Verfassung, auch für das souveräne Deutschland. Eine neue Verfassung verlöre beim heutigen Zeitgeist sicher den Kern des Grundgesetzes, nämlich seine Bestimmung für „das Deutsche Volk“. Das Problem sind nicht Wort und Geist des Grundgesetzes, sondern ihre bis zur Pervertierung gehende Ausführung durch Politik und Rechtsprechung.

Was kann man nun von unserer Politik erwarten, wenn das höchste Gericht die Grundlage unseres Staates gegen Wort und Sinn manipuliert?

Ein jüngeres Beispiel aus Hamburg ist symptomatisch: Für die neue schwarz-grüne Regierung erzwangen die Grünen, die verbindliche Grundschulzeit von vier auf sechs Jahre zu verlängern. Aber die Begründung, längeres gemeinsames Lernen unterschiedlich Begabter führe zu besseren Leistungen, widerlegt eindeutig das Max-Planck-Institut mit langjährigen Untersuchungen über Gesamtschulen und den Vergleich von Baden-Württemberg und Hamburg.⁷

mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.

5 1 BvR 2150/08 gem. JUNGE FREIHEIT 48/09 v. 20.11.09, S.11 und 49/09 v. 27.11.09, S.10

6 FAZ v. 19.1.10

7 Zitat aus: http://www.mpib-berlin.mpg.de/en/institut/dok/full/Baumert/bjnuip__/bjnuip__.htm:

Nationale und internationale Schulleistungsstudien: was können sie leisten, wo sind ihre Grenzen?: Beim Vergleich zwischen Real- und Gesamtschule zeigt sich, daß in der Realschule auch nach Kontrolle kognitiver und sozialer Eingangsvariablen die Leistungsentwicklung günstiger als an der Gesamtschule verläuft. Bei gleichen intellektuellen und sozialen Eingangsbedingungen

Auch ungeheuerere Personal- und Infrastruktur-Kosten bei leeren Kassen sprechen dagegen. Doch nach einem Volksbegehren mit überwältigender Mehrheit gegen die „Reform“ verkündete die grüne Schulsenatorin, sekundiert vom schwarzen Bürgermeister: „Das sechsjährige gemeinsame Lernen ist nicht verhandelbar!“⁸

Sind das nun an der Sache orientierte demokratische Führer oder ideologie- und machtbesessene Despoten?

Angesichts solcher Politik klingt die Forderung der Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung vom 10. November letzten Jahres paradox: „Wir müssen das Verhältnis der Bürger und Bürgerinnen zu ihrem Staat verbessern.“ Umgekehrt würde ein Schuh daraus.

Seit Sokrates gilt: Der Bürger kann nur in einem gerechten Staat gedeihen, und der bedarf der Sittlichkeit seiner Bürger. Heute heißt es, der demokratische Staat verlange Voraussetzungen, eben Sittlichkeit wie Moral, Rechtschaffenheit, Anstand, die er selbst nicht schaffen könne. Stimmt das überhaupt? Ist der demokratische Staat etwa nur eine Maschinerie der Umverteilung zur Befriedigung materieller Bedürfnisse?

Der preußische Staat hat durch das Handeln seiner Diener, durch seine Gesetze und Vorschriften wesentlich die Verhaltensweisen geformt, die noch heute als „preußisch“ anerkannt sind.⁹ Unser Staat erläßt viel mehr Gebote

erreichen Realschüler am Ende der Sekundarstufe I etwa in Mathematik einen Wissensvorsprung von etwa zwei Schuljahren. Noch stärker sind diese Effekte, wenn man Gesamtschule und Gymnasium vergleicht. Bei gleichen intellektuellen und sozialen Bedingungen beträgt der Leistungsvorsprung in Mathematik am Gymnasium mehr als zwei Schuljahre. Es gibt keine Hinweise, daß die ungünstige Leistungsentwicklung durch besondere überfachliche Leistungen kompensiert werden könnte.

In allen Analysen ist der Einfluß der Sozialschicht nach Kontrolle der kognitiven Voraussetzungen relativ gering oder statistisch nicht nachweisbar. Dies weist darauf hin, daß der Einfluß der sozialen Herkunft auf die Leistungsentwicklung innerhalb von Schulformen im Vergleich zu ihrer Bedeutung bei der Übergangsauslese in der Regel überschätzt wird. (Anm. d. Verf.: Diese heutigen Aussagen gehen auf Untersuchungen des Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung seit 1991 zurück.)

Siehe auch: Preußische Allgemeine Zeitung v. 6.2.2010, S.4: *Abitur nicht gleich Abitur*: Studien des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung für Baden-Württemberg und Hamburg von 2002 und 2005 ergaben: „Obschon sich die Abiturienten hinsichtlich ihrer familiären Herkunft und ihrer Begabung kaum unterschieden, lag der Wissensstand der Abiturienten in Hamburg um ein bis zwei Schuljahre hinter dem in Baden-Württemberg zurück. Schlimmer noch: Mehr als die Hälfte der Hamburger Abiturienten verfehlte das Leistungsniveau, das von Experten eingefordert wird.“
8 WELT v. 19.11.2009, S. 2 u. 29; WELT v. 4.3.2010, S. 29: „Nun soll endlich Frieden in der Stadt herrschen.“ Am 3.3.2010 beschloß die Hamburger Bürgerschaft einstimmig das Schulgesetz über eine 6-jährige Primarschule. (Verf.: Den Frieden hatten die Grünen gestört; für ihre Landesliste hatten rd. 74 500 gestimmt, für das Volksbegehren aber 184500!)

9 Das „Preußische“ ist wahrscheinlich aber nur eine besondere Ausprägung des „Deutschen“, wie folgende Meinungen von Rumänen über einen „deutschen“ Bürgermeister der siebenbürgischen Kleinstadt Avrig/Freck zeigen: „Er tut, was er sagt. Aber das ist für die Deutschen ja auch

und Verbote bis ins Privatleben hinein und ist zu Zumutungen à la Hamburg fähig – warum läßt er es zu oft an Maßstäben und Beispielen fehlen für das, was seine Voraussetzungen sind?

Die praktische Freigabe der Abtreibung ist Gesetz, aber der in vitro erzeugte Embryo wird unter Berufung auf die Menschenwürde gesetzlich geschützt (Embryonenschutzgesetz) – ein schlimmes Beispiel von Unmoral und moralischer Heuchelei!

Welche Maßstäbe setzt der Staat, wenn er den „besonderen Schutz“ von Ehe und Familie (Art. 6 (1) GG) relativiert sowie Recht und Pflicht zur Pflege und Erziehung der Kinder, die „zuvörderst“ den Eltern obliegen (Art. 6 (2) GG) unterminiert, indem er daraufhin wirkt, daß Mütter schon ihre Babys in fremde Hände geben?

Über Koalitionsverträge entscheiden Parteiversammlungen, obschon nur die gewählten Abgeordneten der Fraktionen dazu legitimiert sind. Ihre Pfründewirtschaft geißelt der Satz: „Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht.“ Doch daß sie qua Koalitionsverträgen sogar die Staatsgewalt usurpieren, gilt als normal.¹⁰

Ist es verfassungstreu, wenn dem Volk entgegen Art. 20 (2) GG die Ausübung der Staatsgewalt durch „Abstimmungen“ seit 61 Jahren verwehrt wird?

Zeugt es für verantwortungsvolle Pflichterfüllung, wenn 11 Bundestagsabgeordnete, unmittelbar vor der Abstimmung über die EU-Verfassung zu drei wichtigen Bestimmungen befragt – Möglichkeit des Bürgerbegehrens, alleinige Zuständigkeit der EU, qualifizierte Mehrheit für einen Beschluß im Rat –, keine auch nur annähernd richtige Antwort geben konnten?¹¹

typisch.“ „Der Ruf der Stadt hat sich ganz klar gebessert. Ein Deutscher ist eben ein Deutscher.“ Aus: WELT v. 3.12.09, S.8, Die Letzten Deutschen von Siebenbürgen

10 Staatliche Funktionen werden für Parteizwecke ausgenutzt, siehe WELT am Sonntag v. 21.02.09, S.4: **6000 Euro für ein Gespräch mit Jürgen Rüttgers:**

Die CDU in Nordrhein-Westfalen verkauft Sponsoren exklusive Gesprächstermine mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. Briefe der NRW-Union belegen, dass Unternehmen für den Landesparteitag Mitte März nicht nur Ausstellungsfläche erwerben können, sondern auch vertrauliche Unterredungen mit den Mitgliedern der Landesregierung, berichtet das Magazin „Spiegel“. Für 20 000 Euro können Kunden demnach ein sogenanntes Partnerpaket für den Parteitag kaufen, das neben einem mehr als 15 Quadratmeter großen Stand auch „Einzelgespräche mit dem Ministerpräsidenten und den Minister/innen“ verspricht. Für 14 000 Euro bietet die Partei eine Ausstellungsfläche von zehn bis 15 Quadratmetern, jedoch ohne Unterredung, sondern nur mit „Fototermin und Rundgang mit dem Ministerpräsidenten und den Minister/innen“. Ein Sprecher der CDU bestätigte die Existenz der Briefe und sprach von einem ungeschickten Sprachgebrauch. Man bedauere, wenn ein „falscher Eindruck“ entstehe.

WELT v. 23.2.10, S.1: Ministerpräsident „Rüttgers feuert (dafür) seinen Wahlkampfmanager“. (Und er selbst?)

11 Panorama-Sendung vom 2.7.2007

Gab unsere Politik ein Beispiel für Solidität und Verantwortung für unsere Zukunft, als sie den Staat selbst in Zeiten hoher Einnahmen übermäßig verschuldete?

Unserer Politik hat also in ganz wesentlichen Feldern sogar negative Maßstäbe gesetzt!!

Was tut unsere Politik für unsere Selbstachtung, für unser Ansehen in der Welt? Macht sie es für willkommene Einwanderer überhaupt erstrebenswert, sich zu integrieren und schließlich gute Deutscher zu werden? Zu einer entsprechenden Forderung Schönbohms meinte Schäuble bloß, der Nationalstaat könne kaum noch etwas entscheiden – was zeigt, daß diese ureigenste nationale Aufgabe überhaupt nicht mehr verstanden wird.¹²

Natürlich preist unsere Regierung gute Ergebnisse der Wirtschaft, die trotz staatlicher Regelungswut gelingen. Sie agiert in der Weltpolitik und gibt sich führend.

Doch bewirkt sie die Streichung der Feindstaatenklausel der UN-Charta? Setzt sie für Deutschland, dem Zahlmeister für EU und Euro, durch, daß Deutsch als die größte Muttersprache in der EU dort auch eine Hauptarbeitssprache wird? Unsere Politik gibt im Lissabon-Vertrag Souveränitätsrechte hin, setzt aber nicht durch, daß die Partner ihre Verbrechen der Vertreibung als solche wenigstens bekennen.

Sie schadet Deutschlands Ansehen und Möglichkeiten in Nah- und Mittelost, indem sie extrem einseitig für Israel Partei ergreift.¹³ Sie läßt die USA unser Land nach eigenem Ermessen als Basis für Kriegshandlungen nutzen.

Ist unsere Politik also wirklich führend? Springt sie nicht vielmehr zu oft ins Geschirr vor einem falschen Karren? Stichworte: Afghanistan, Iran, „Klima-

12 JUNGE FREIHEIT 18/25.12.09, S.5: Jörg Schönbohm fordert in seinem Buch „Erinnerungen“ das klare Bekenntnis zur Nation, „um in Europa ernst genommen zu werden“ und um den Migranten und Mitteldeutschen eine gemeinsame Perspektive zu bieten, damit sie nicht in Parallelgesellschaften oder DDR-Nostalgie flüchten. Wolfgang Schäuble dazu kritisch: „Entscheiden kann der Nationalstaat ohnehin kaum noch etwas.“

13 Aus: www.bundeskanzlerin.de

Aus Zeitfragen Nr.5 vom 1.2.2010 <http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=3752&type=98>:

Schon im Jahr 2005 hat Angela Merkel versucht, aus dem Bündnis mit Israel eine deutsche Staatsräson zu machen. Diese Linie hat sie seitdem immer weiter ausgebaut und auch zur offiziellen Regierungslinie gemacht: Im Koalitionsvertrag der neuen Regierung heisst es nicht nur, dass sich die Regierung «zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel» bekennt, sondern nun auch zu «Israel als jüdischem Staat» (Seite 113 des Koalitionsvertrages) – obwohl auch heute noch rund 20 Prozent der israelischen Bevölkerung Araber und fast 5 Prozent der Bevölkerung weder Araber noch Juden sind. Aber die Vokabel «jüdischer Staat» ist auch die Sprachregelung des israelischen Aussenministers Avigdor Lieberman und der jetzigen israelischen Regierung. (Anm. d. Verf.: Wodurch ist diese Politik, die schließlich bis zur Kriegsteilnahme führen kann, überhaupt demokratisch legitimiert?)

rettung“. Wo bleibt nüchternes Abwägen und Handeln im deutschen Interesse, wo der zielgerichtete Einsatz deutscher Stärken und Zurückhaltung dort, wo sie fehlen – mithin eine Politik, die Respekt gebietet?

Wie kann die Bundeskanzlerin 65 Jahre nach Kriegsende in Polen und Frankreich Schuldbekennnisse ablegen, die selbst den Adressaten als nationalmasochistisch erscheinen müssen¹⁴, und die dazu noch Forderungen an die heutigen Deutschen geradezu heraufbeschwören?

Wie kann sie gegen völkerrechtlich verbrieft Ansprüche deutscher Opfer auf Wiedergutmachung Front machen? Wie kann sie sich anmaßen, eine Korrektur der von den Siegern geschriebenen Geschichte auszuschließen – zu Lasten Deutschlands?¹⁵

14 Aus www.bundeskanzlerin.de:

Rede Bundeskanzlerin Merkel bei der Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs in Danzig am 01.09.2009 (Auszug):

Anrede..., heute vor 70 Jahren begann mit dem deutschen Überfall auf Polen das tragischste Kapitel in der Geschichte Europas. Der von Deutschland entfesselte Krieg brachte unermessliches Leid über viele Völker - Jahre der Entrechtung, der Erniedrigung und der Zerstörung. Kein Land hat so lange in seiner Geschichte unter deutscher Besatzung gelitten wie Polen. Gerade in dieser dunklen Zeit, über die wir heute sprechen, wurde das Land verwüstet. Städte und Dörfer wurden zerstört. In der Hauptstadt wurde nach der Niederschlagung des Aufstands 1944 kaum ein Stein auf dem anderen gelassen. Willkür und Gewalt durchzogen den Alltag. Kaum eine polnische Familie blieb davon verschont. Hier auf der Westerplatte gedenke ich als deutsche Bundeskanzlerin aller Polen, denen unter den Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht unsägliches Leid zugefügt wurde. Die Schrecken des 20. Jahrhunderts gipfelten im Holocaust, der systematischen Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Ich gedenke der sechs Millionen Juden und aller anderen, die in deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern einen grausamen Tod erlitten. Ich gedenke der vielen Millionen Menschen, die ihr Leben im Kampf und im Widerstand gegen Deutschland lassen mussten. Ich gedenke aller, die unschuldig durch Hunger, Kälte und Krankheit, durch die Gewalt des Krieges und seine Folgen sterben mussten. Ich gedenke der 60 Millionen Menschen, die durch diesen von Deutschland entfesselten Krieg ihr Leben verloren haben.

Rede der Bundeskanzlerin zum Gedenktag des Waffenstillstands nach dem Ersten Weltkrieg am 11.11.2009 in Paris (Auszug):

Anrede ..., für die Einladung, heute Gast der Feiern des Armistice-Tages zu sein, danke ich Ihnen aus ganzem Herzen. Ich danke Dir, lieber Nicolas, und ich danke den Menschen in Frankreich. Seien Sie versichert, ich weiß als deutsche Bundeskanzlerin diese Geste sehr zu schätzen. Wir stehen hier heute gemeinsam im Gedenken an das Ende eines furchtbaren Krieges, der unermessliches Leid mit sich brachte. Ich verneige mich vor allen Opfern. Wir stehen hier gemeinsam im Bewusstsein unserer Geschichte, die uns – Deutsche und Franzosen – seit Jahrhunderten verbindet, in guten wie in schlimmen Zeiten.

Wir werden nie vergessen, wie sehr in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Franzosen durch Deutsche zu leiden hatten. Der schonungslose Umgang mit der eigenen Geschichte ist – davon bin ich überzeugt – die einzige Grundlage, um aus der Geschichte zu lernen und die Zukunft gestalten zu können. Zugleich weiß ich: Geschehenes kann nicht ungeschehen gemacht werden.

15 Aus www.bundeskanzlerin.de v. 16.03.2007: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Forderungen der Preußischen Treuhand entschieden zurückgewiesen. Die Klagen der Vertriebenenorganisation „haben keinerlei Unterstützung meiner Bundesregierung. Sie werden sie auch

Wie würdelos ist unsere Politik, wenn sie noch nicht einmal aus eigenem Recht der deutschen Opfer des Krieges und der Siegertranche gedenkt, es aber zuläßt, daß sie obszön verunglimpft werden, wie beispielweise in Dresden, wo „Bomber Harris, do it again!“ oder „Bomber Harris Superstar Dir dankt die Antifa“ (2010) auf Bannern strafflos gezeigt wurden?

Was tut unsere Politik für den Erhalt des deutschen Volkes und seiner Identität? Warum setzt sie, bei aller Offenheit für willkommene Einwanderer und wirklich Schutzbedürftige, nicht bedingungslos das natürlichste Recht auf der Welt durch, nämlich, daß sich der Gast den Gesetzen, Sitten und Gebräuchen des Gastgebers anzupassen hat, und daß er, wenn er es nicht tut, gehen muß?¹⁶ Unsere Politik läßt Menschen und Gruppen durch den Verfassungsschutz öffentlich existenzvernichtend brandmarken, wenn sie nicht genehme politische Einstellungen vertreten.¹⁷

Sie spaltet sie die Gesellschaft durch ein Schulwesen, das im Gegensatz zu früher, für eine gute Ausbildung mehr und mehr zum Besuch teurer Privatschulen zwingt.

„Wie geht unsere Politik mit Deutschland um?“ klingt vorwurfsvoll und ist auch so gemeint.

Vielleicht geht mancher Vorwurf zu sehr darüber hinweg, daß unsere Politik Zwänge berücksichtigen muß, die Außenstehende nicht kennen oder nicht ganz ermessen können. Doch nimmt man die würdevolle Haltung Konrad Adenauers gegenüber den Siegern und Israel¹⁸ als Maßstab, dann fällt es

nie bekommen“, sagte Merkel vor polnischen Studentinnen und Studenten an der Universität Warschau. „Es kann keine Umdeutung der Geschichte durch Deutschland geben, und es wird keine Umdeutung der Geschichte geben“, betonte Merkel. Aus der schrecklichen Zeit des Nationalsozialismus sei unwiderruflich eine Lehre zu ziehen: Nur indem die eigene Vergangenheit zu jeder Zeit voll und ganz angenommen werde, könne Zukunft gestaltet werden.

16 JUNGE FREIHEIT v. 18/25.12.09, S. 6: Ein türkisch-kurdischer Klan von 1400 Personen terrorisiert Bremen mit Diebstahl, Raub bis versuchtem Totschlag; 158 Männer davon verüben 250 Straftaten in einem halben Jahr. Polizei greift nicht ein, schützt Angegriffene nicht, läßt Beweisbilder für Diebstahl löschen, greift trotz dringenden Tatverdachts nicht ein. Gem. der WELT v. 5.3.10, S. 6, sagte der sozialdemokrat. Bürgermeister von Rotterdam, Ahmed Aboutaleb, ein gebürtiger Marokkaner: „Wer die Werte einer offenen Gesellschaft, wie der niederländischen nicht teilt, täte gut daran, daraus die Konsequenzen zu ziehen und fortzugehen.“

17 FAZ v. 11.12.09 gem. einer Untersuchung des Instituts für Öffentliches Recht der Universität Freiburg:

14 von 16 Landes-Verfassungsschutzberichten seit 2005 sind verfassungswidrig, weil der Verdacht auf Extremismus/Verfassungsfeindlichkeit nicht als solcher von erwiesenen Fällen klar getrennt wird, wie vom BVerfG 2005 im Falle JF gegen NRW festgelegt. .

JUNGE FREIHEIT v. 18/25.12.09, S. 4: Die Bundeszentrale für Politische Bildung empfiehlt linksextremistische Internetseiten und Zeitschriften und preist das Engagement gewaltbereiter ‚Antifaschisten‘ im ‚Kampf gegen Rechts‘.

18 Noch als Altbundeskanzler bei einem „Staatsbesuch“ im Mai 1966 in Israel: Bei einem Abendessen auf Einladung des israelischen Ministerpräsidenten Levi Eschkol sagte dieser in

schwer, für die heutigen Schuldkottaus eine Entschuldigung zu finden. Sie sind nur mit einer Einstellung erklärbar, die sich am 8. Mai 1985 in der Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker vom „Tag der Befreiung“ und von der „erzwungenen Wanderschaft“ geradezu zynisch manifestiert hat.

Die hier nur beispielhaft aufgeführten Fragen oder Feststellungen zielen im Kern auf Grundsätzliches, das jeder wache Bürger beurteilen kann und muß, wenn er den Staat des Rechts und der Freiheit einfordern will, der fähig ist, die zu erwartenden großen Umbrüche ohne Mord und Totschlag zu meistern. Dieser Tag soll uns nicht nur die Probleme deutlich vor Augen führen, sondern auch Möglichkeiten und Wege zur Besserung, damit wir auch dafür eintreten können, jeder nach seinen Möglichkeiten, im Kleinen oder im Großen. Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland, die täglich verantwortungsvoll ihre Aufgaben erfüllen, haben es verdient.

einer Ansprache: „Herr Bundeskanzler, wir sind überzeugt, daß das deutsche Volk unter Ihrer Führung in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker zurückkehren wird.“ Adenauer stand auf, setzte sich wieder und sagte dem deutschen Botschafter: „Bestellen Sie mein Flugzeug, ich fliege morgen zurück. Man hat das deutsche Volk, das ich vertrete, beleidigt.“ Eschkol versuchte sich bei Adenauer zu entschuldigen: „Herr Bundeskanzler, ich wollte Ihnen ein großes Kompliment machen.“ Adenauer darauf: „Herr Ministerpräsident, was Sie denken, kümmert mich nicht, und was Sie von mir halten, interessiert mich nicht im Geringsten. Ich repräsentiere das deutsche Volk. Sie haben es beleidigt, also reise ich ab.“ Adenauer blieb erst, als Eschkols Redemanuskript im Nachhinein förmlich gerändert wurde. (Gemäß Peter Gauweiler in der Münchner Abendzeitung v. 3.2.2009, S.2.)